



Fachbereich Medien,  
Kunst und Industrie

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

Bundesverwaltung

## Für einen staatsfreien Rundfunk in Griechenland und Europa

### Zerschlagung von ERT durch Samaras zerstört Meinungsfreiheit Und -vielfalt nicht nur in Griechenland

Aus Deutschland, und aus Athen, der Wiege der ersten Demokratie, richten wir den dringenden Appell an den griechischen Ministerpräsidenten Samaras, seine Entscheidung zur Zerschlagung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Griechenland unverzüglich zurück zu nehmen. Das griechische Parlament fordern wir auf, dieser Entscheidung nicht zuzustimmen. Die EU-Staats- und Regierungschefs fordern wir auf, nicht zuzulassen, dass von der griechischen Regierung die Meinungsfreiheit und –vielfalt zerstört wird. Der EU-Rat der Staats- und Regierungschefs hat im Zuge des Maastricht-Vertrages einem unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine fundamentale Bedeutungen für die europäischen Demokratien eingeräumt. Die Samaras-Entscheidung hebt dieses Bekenntnis aus.

Die Entscheidung zur Schließung von ERT hat nichts mit der Bewältigung der griechischen Finanzkrise zu tun, sondern ist ein demokratiefeindlicher Willkürakt mit dem von wirtschaftsliberalen Kreisen in Tateinheit mit der Samaras-Regierung ein Exempel in Europa statuiert werden soll, nämlich das Gleichgewicht im dualen Rundfunksystem zwischen kommerziellem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk zu Gunsten der privaten Medienunternehmen zu zerstören.

ERT arbeitet seit Jahren nicht defizitär. Ganz im Gegenteil: der öffentlich-rechtliche griechische Sender konnte in den letzten Jahren Gewinne verbuchen, obwohl die griechische Regierung die öffentlich-rechtlichen Rundfunkgebühren zweckentfremdet hat. Von den 4,24 Euro, die jeder Haushalt monatlich an Rundfunkgebühren zahlt, wurden vom griechischen Staat rechtswidrig 25% für den Aufbau alternativer Energieunternehmen abgezweigt. 40 Millionen flossen direkt und verdeckt in den Staatshaushalt. Das ist eine politische Täuschung der Gebührenzahler und verhinderte, dass sich ERT entsprechend seines öffentlich-rechtlichen Rundfunkauftrages sein Programm qualifizieren und seinen Produktions- und Sendebetrieb modernisieren konnte. ERT betreibt 2 Fernsehvollprogramme, einen HD-Kanal sowie ein Programm für im Ausland lebende Griechen und zahlreiche Hörfunkprogramm auf nationaler und regionaler Ebene. ERT muss 6000 Sender betreiben um das gebirgige Land flächendeckend mit seinen Programmen zu versorgen. ERT arbeitet vor diesem Hintergrund im internationalen Vergleich äußerst wirtschaftlich. Die Schließung von ERT entpuppt sich somit als brutaler Willkürakt, um staatliche Fehlleistungen und die Bedienung der kommerziellen Medienunternehmen durch die konservative Regierung Samaras zu vertuschen.

ERT finanziert sich ausschließlich aus Gebühren der Zuschauer und Zuhörer und nicht aus Staatsmitteln und gehört deshalb der griechischen Gesellschaft. ERT ist deshalb ausschließlich dem griechischen Volk verpflichtet und nicht der Regierung. Sofern Reformbedarf bei ERT besteht, ist dieser staatsunabhängig zwischen der ERT-Leitung, den gesellschaftlichen Gruppen und den Vertretungen der Beschäftigten zu diskutieren und zu entscheiden und nicht von der Regierung.

Mit der Abschaltung von ERT durch die Samaras-Regierung wurde aber nicht nur in die griechische Rundfunkfreiheit eingegriffen, sondern auch die Deutsche Welle, BBC und CNN werden nicht mehr in Griechenland gesendet. Damit greift die griechische Regierung vertragswidrig unmittelbar in die Rundfunkfreiheit dieser Staaten ein. Wir fordern die Regierungen der betroffenen Länder auf, darauf zu drängen, dass dieses demokratiefeindliche Verhalten unverzüglich beendet wird. Insbesondere die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien tragen in Europa hier eine besondere Verantwortung. Es gilt nicht nur die Banken zu bedienen, es gilt auch die Demokratie zu verteidigen! Mit der demokratiefeindlichen Entscheidung zur Zerschlagung von ERT verschenkt Samaras Programm, Senderechte und Frequenzen an die kommerziellen Medienunternehmen zulasten der Meinungsfreiheit und -vielfalt.

Die von ihm angekündigte Neubildung eines schlanken öffentlich-rechtlichen Senders hat Alibifunktion. Es wäre eine öffentlich-rechtliche Einrichtung ohne die Chance auf einen qualitativen öffentlich-rechtlichen Programm, eigene Rechte und Frequenzhoheit und damit wäre sie in totaler Abhängigkeit von den politischen Entscheidungsinstanzen. Schon in der Vergangenheit war der Sender ERT dieser technischen Unabhängigkeit durch die Übertragung auf ein privates Unternehmen seiner Unabhängigkeit beraubt worden.

Wir treten für einen staatsfreien Rundfunk als Fundament des dualen Rundfunksystems in Griechenland und Europa ein.

Griechische Rundfunkgewerkschaft , POSPERT, Athen

Griechischer Journalistenverband, POESY, Athen

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, ver.di, Berlin – Mitglied in IFJ und UNI MEI

Athen, 17. Juni 2013

Kontakt: Peter Völker (ver.di)

[voelkerpg@aol.com](mailto:voelkerpg@aol.com)